

5. Wahlperiode

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE**

Thema: **Sächsisches Kompetenzzentrum für Gender Mainstreaming einrichten!**

Der Landtag möge beschließen:
Die Staatsregierung wird ersucht,

die Einrichtung eines sächsisches Kompetenzzentrums für Gender Mainstreaming zu fördern, welches Forschungs- und Bildungsaktivitäten zur professionellen Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes als wissenschaftliche Einrichtung institutionalisiert bündelt, realisiert und koordiniert, indem u. a.

- geschlechtsspezifisch differenzierte Informationen erfasst, systematisch aufbereitet, analysiert und bewertet werden (u. a. Aufbau einer landesweiten Datenbank),
- Gender-Wissen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verbreitet und zur Anwendung gebracht wird (u. a. Vermittlung von Methodenkompetenz und Informations- und Kommunikations-Kompetenz im Bildungsbereich, Ausbildung von Gender-Trainerinnen und –trainern, Durchführung von Gender-Trainings),
- landesspezifische Aktivitäten in nationale und internationale Handlungszusammenhänge eingebracht und integriert werden.

Begründung:

In Bezug auf die Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes besteht in Sachsen noch immer Nachholbedarf. Das zeigt sich u. a. in mangelnder struktureller Verankerung, in unzureichender Verfügbarkeit notwendiger Informationen bzw. Daten sowie in mangelnder Sensibilisierung u.a. bei schulischen Lehrkräften. In der Veröffentlichung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales vom Juni 2003 „Gender Mainstreaming im Freistaat Sachsen“ wird als ein wesentlicher Handlungsansatz zur Behebung der Defizite die Gründung eines sächsischen Kompetenzzentrums für Gender Mainstreaming angeregt. Diese Anregung wurde durch die früheren Staatsregierungen bisher nicht aufgegriffen. Die Antragstellerin folgt der Argumentation der Autorinnen und Autoren der o. g. Studie und erachtet die Errichtung eines sächsischen Kompetenzzentrums für Gender Mainstreaming für erforderlich, um den Verfassungsauftrag zur Gleichstellung von Frau und Mann in der Gesellschaft in Sachsen qualifizierter zu erfüllen. Nicht zuletzt entspräche die Staatsregierung mit der Etablierung einer solchen Einrichtung auch einer entsprechenden, durch den Landesfrauenrat Sachsen e.V. im Rahmen der Koalitionsverhandlungen an die Regierungskoalition übermittelten Forderung.

Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

Dresden, 15.12.2009

Eingegangen am: _____ Ausgegeben am: _____